

**Jugend im Bund für Umwelt und Naturschutz
Deutschland (BUNDjugend NRW)
Ortsgruppe Münster
Paradieser Weg 19
59494 Soest**

Ihre Wahlprüfsteine zur Europawahl 2019

22.03.2019

Sehr geehrte Frau Hüller,

in der Folge erhalten Sie unser Antworten zu Ihren Wahlprüfsteinen zur EU-Wahl 2019 in der Hoffnung, dass diese noch Berücksichtigung finden.

Als durchweg ehrenamtlich agierende Partei war die zur Verfügung stehende Bearbeitungszeit auch in Folge unseres Bundesparteitages am 16./17.03. zu kurz, um getroffene Beschlusslagen noch rechtzeitig einzuarbeiten.

Nun aber unsere Antworten:

Klima und Energie

Absolute Emissionsbegrenzung

Wir fordern absolute gesetzlich festgelegte und kontrollierte Emissionsbegrenzungen, die so berechnet werden, dass das 1,5 Grad-Ziel erreicht werden kann.

Ja

Begründung:

Selbst dann ist es fraglich, ob ein Klimawandel, der die nachfolgenden Generationen noch stärker treffen wird, aufhaltbar ist.

Energieimporte

Wir fordern eine deutliche Reduzierung fossiler Energieimporte und eine Fokussierung auf die Einsparung von Energie und die Förderung der Produktion erneuerbarer Energien.

Ja

**Bundesgeschäftsstelle der
Piratenpartei Deutschland**

Telefon:

+49 30 2757 2040

Telefax:

+49 30 6098 9751 7

Bankverbindung:

GLS Gemeinschaftsbank

eG

IBAN DE36430609677006027900

BIC GENODEM1GLS

Begründung:

Der Umstieg auf eine Energieversorgung mit Erneuerbaren Energien ist volkswirtschaftlich ein großer Gewinn. Allein die Kosten für Brennstoffimporte nach Deutschland betragen in den letzten Jahren bis zu 80 Mrd. €. Hinzu kommen die immensen Kosten durch entstehende Gesundheits- und Umweltschäden.

Kohleausstieg bis 2030

Wir fordern einen vollständigen Kohleausstieg, der sofort beginnt und bis spätestens 2030 abgeschlossen ist.

Ja

Begründung:

Der Ausstieg aus der Kohleverstromung ist technisch bis zum Jahr 2030 problemlos machbar. Alle notwendigen Erzeugungs- und Speichertechnologien sind entwickelt worden. Ein möglichst schneller Ausstieg ist erforderlich, um das Ausmaß des Klimawandels möglichst gering halten zu können.

Atomausstieg

Wir fordern daher die Auflösung des Euratom-Vertrags, den vollständigen Atomausstieg und die konsequente Förderung erneuerbarer Energien.

Ja

Begründung:

Die Stromerzeugung durch Atomkraftwerke ist die teuerste und die Atommüllendlagerung ist technisch nicht gelöst. Eine dezentrale Erzeugung und Versorgung durch Erneuerbare Energien erhöht die Versorgungssicherheit und der Einsatz von Stromspeichern verringert den Stromnetzausbaubedarf.

Frackingverbot

Wir fordern ein generelles EU-weites Frackingverbot und ein Verbot von Energieimporten, die durch Fracking erzeugt wurden.

Ja

Begründung:

Fracking zur Gewinnung fossiler Energieträger ist eine Hochrisikotechnologie, die Wasser und Böden bedroht, lokale Erdbeben auslösen kann und zu nicht abschätzbaren Ewigkeitsschäden führt. Auch wenn für das Fracken ungiftige Stoffe eingesetzt werden, gelangen Schadstoffe an die Oberfläche.

Landwirtschaft und Naturschutz

Pestizidverbot

Wir fordern ein Verbot von Glyphosat und anderen gefährlichen

Pestiziden.

Ja

Begründung:

Die Zulassung für Pestizide gehört auf den Prüfstand, das Prinzip der Vorsorge für ein gesundes Leben muss Vorrang haben vor wirtschaftlichen Interessen der Chemieindustrie. Glyphosat steht für eine Landwirtschaft, die sich von einer Arbeit mit der Natur verabschiedet hat.

PIRATENPARTEI
Deutschland

Verbot von Massentierhaltung

Wir fordern ein Verbot von Massentierhaltung in Europa.

Ja

Begründung:

Massentierhaltung widerspricht Nachhaltigkeitskriterien und ist letztlich ein teuer bezahlter Weg zu einem für den Export billig gemachtem Endprodukt. Der Export von Überschüssen kann außerdem in den Importländern Erzeugerstrukturen und die Unabhängigkeit der eigenen Lebensmittelherzeugung zerstören.

EU-Subventionen nur für ökologische Kleinbetriebe

Wir fordern, Subventionen nur noch an kleine Betriebe, die ökologisch arbeiten, zu vergeben.

Ja

Begründung:

Subventionen dürfen nur im Zusammenhang mit Nachhaltigkeitskriterien vergeben werden dürfen. Ökologisch wirtschaftende Kleinbetriebe erfüllen diese i.d.R. in besonderer Weise.

Fischerei

Wir fordern daher ein Moratorium für gefährdete Fischarten und eine gesetzliche Verpflichtung zur Einhaltung wissenschaftlicher Fangquoten.

Ja

Begründung:

Die Einhaltung von Fangquoten basierend auf wissenschaftlichen Erkenntnissen ist ausdrücklich im Wahlprogramm enthalten. Wir fordern zudem, dass die illegale Fischerei mit zusätzlichen Programmen stärker bekämpft wird.

Gewässerschutz

Wir fordern höhere Investitionen in die bestehenden Maßnahmen, stärkere Sanktionen von Verstößen gegen Schutzstandards und die Integration der Wasserschutzziele in andere Politikfelder wie Landwirtschaft, Energie, Verkehr und Hochwasserschutz.

Ja

Begründung:

Im Sektor Landwirtschaft diskutiert werden, wie der landwirtschaftliche Rahmen aussehen muss, um den Gewässerschutz zu gewährleisten,
Stichwort: Extensivierung

PIRATENPARTEI
Deutschland

GVO/Patent-Verbot

Wir fordern ein Verbot des Anbaus und Imports von GVO in der gesamten EU, sowie ein Verbot von Patenten auf Tiere und Pflanzen allgemein.

Ja

Begründung:

Patente auf Leben lehnen wir grundsätzlich ab. Sie dienen i.d.R. lediglich den wirtschaftlichen Interessen großer Aktienunternehmen, all deren "weltverbessernden" Aussagen zum Trotz

Konsum

Wegwerfstopp für Supermärkte

Wir fordern eine Abschaffung dieser Vermarktungsnormen und einen EU-weiten Wegwerfstopp für Supermärkte.

Ja

Begründung:

Mehr Transparenz in der Lieferkette ist zudem erforderlich, um zu Tage zu fördern, wo der Einzelhandel die Anbieter zu bestimmten Normen drängt und dabei eine veraltete EU-Verordnung vorschiebt, die schon längst abgeschafft wurde.

Reduzierung von Verpackungsmüll

Wir fordern wirksame Maßnahmen für die Reduzierung von Verpackungsmüll.

Ja

Begründung:

Mehrweg-Coffee-to-Go-Becher wurden bereits von mehreren unser kommunalen Mandatsträgern initiiert. Gesetzliche Regelungen braucht es wohl, um den Irrsinn von in Plastik verpacktem Obst und Gemüse zu reduzieren.

Politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Verbindliches Lobbyregister

Wir fordern ein verbindliches Lobbyregister, das die Lobbyarbeit in allen EU-Institutionen offenlegt.

Ja

Begründung:

Zwingende Voraussetzung für mehr Transparenz in den Gesetzgebungsverfahren der EU ist ein umfangliches und aussagekräftiges Lobbyregister. Unsere Europa-Abgeordnete Julia Reda hat vorbildhaft ihre Kontakte veröffentlicht.

PIRATENPARTEI
Deutschland

Keine Investitionsschutzabkommen wie TTIP und Co.

Wir fordern ein Ende aller Verhandlungen der EU bzgl. TTIP und anderer Investitionsschutzabkommen sowie einen Ausbau der demokratischen Mitbestimmung in der EU.

Ja

Begründung:

Den Ausführungen ist nichts hinzuzufügen. Die Piratenpartei war schon 2014 Mitglied vieler lokaler Bündnisse gegen TTIP, z.B.

<http://www.muenster-gegen-ttip.de/>.

Verkehr

kostenloser öffentlicher Nahverkehr

Wir fordern einen kostenlosen, erweiterten öffentlichen Nahverkehr.

Ja

Begründung:

Prinzipiell fordern den fahrscheinfreien, umlage- oder steuerfinanzierten öffentlichen Nahverkehr

Keine Subventionen für Flugverkehr

Wir fordern die Besteuerung des Kraftstoffs Kerosin und die Beendigung der Subventionen für den Flugverkehr.

Ja

Begründung:

Die Steuerbefreiung für den Treibstoff für Verkehrsflugzeuge (Kerosin) führt zu einem ungerechtfertigten Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Verkehrsmitteln.

Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen

Wir fordern daher eine EU-weite Höchstgeschwindigkeit von 120 km/h.

└───

Unentschieden

Begründung:

Hierzu haben wir keine Beschlusslage. Wie das aktuelle Urteil zum Thema "SectionControl" in Niedersachsen zeigt, ist Überwachung der Einhaltung von generellen Tempolimits leicht mit einer allgemeinen Überwachung der Autofahrenden verbunden. Dies ist für uns als Datenschutzpartei nicht akzeptabel.

PIRATENPARTEI
Deutschland

Verlagerung von Transport von der Straße auf die Schienen

Wir fordern, die Subventionen, die für den Straßenverkehr eingesetzt werden auf den Schienenverkehr umzulenken.

Ja

Begründung:

Schienenverkehr ist deutlich umweltfreundlicher, als Straßenverkehr. Die jahrzehntelang vernachlässigte Infrastruktur in diesem Bereich muss auf den neuesten Stand der Technik gebracht werden. Statt neuer Straßen sind neue Schienenwege zu bauen. Stillgelegte Strecken sollen reaktiviert werden.

Verbot von Schweröl

Wir fordern daher ein Verbot der Nutzung von Schweröl.

Ja

Begründung:

Die Nutzung von Schweröl ist ökologisch nicht mehr zu akzeptieren. Durch die Ausbeutung von Ölsanden in Kanada ist zum Beispiel inzwischen Natur auf einer Fläche von der Größe Englands vernichtet worden.

Flucht und Fluchtursachen

Seenotrettung/Abschiebestopp

Wir fordern einen sofortigen Abschiebestopp, die Abschaffung von FRONTEX sowie die Entkriminalisierung und Unterstützung ziviler Seenotrettung.

Ja

Begründung:

Dem ist wenig hinzuzufügen. Wir fordern die Abschaffung von FRONTEX und die Einrichtung einer europäisch finanzierten Seenotrettungsmission nach dem organisatorischen Beispiel der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger.

Verbot aller Rüstungsexporte

Wir fordern ein konsequentes Verbot aller europäischen Rüstungsexporte und ein Ende der Militarisierung der EU.

Ja

Begründung:

Beendigung staatlicher Bürgschaften für Rüstungsexporte, ein generelles Verbot von Produktionslizenzen für Rüstungsgüter in Staaten außerhalb der EU sind unsere noch weitergehenden Forderungen.

PIRATENPARTEI
Deutschland

(Soziale) Gerechtigkeit

Mindestlohn

Wir fordern einen EU-weiten gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 60% des nationalen Durchschnittseinkommens, dessen Einhaltung kontrolliert wird.

Ja

Begründung:

In Deutschland hat die Einführung des Mindestlohns zu einem großen Kaufkraftzuwachs geführt. Gleichzeitig wurden Geschäftsmodelle, die auf die Ausbeutung der Arbeitnehmer aufgebaut waren, verringert. Daran soll sich Europa orientieren.

Antidiskriminierung

Wir fordern, dass die Antidiskriminierungsrichtlinien der EU dazu endlich europaweit umgesetzt und weiter ausgebaut werden, z. B. in Form eines EU-weiten Verbots von Konversionstherapien und von sogenannten "Anti-Propaganda-Gesetzgebungen".

Ja

Begründung:

Es bedarf keiner Begründung, es muss selbstverständlich sein, dass derartige Richtlinien umgehend umgesetzt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Ganskow

Bundeskoordinator Wahlprüfsteine

└───

Dieses Schreiben ist maschinell erstellt und trägt keine Unterschrift.

PIRATENPARTEI
Deutschland

